

100 der 183 Parlamentarier direkt wählen

Künftig sollte man Kandidaten, nicht Parteien ankreuzen können, fordert die Initiative Mehrheitswahlrecht

WIEN (SN-zim). Die Unzufriedenheit mit der Politik, allen voran mit den aneinandergelagerten Parteien SPÖ und ÖVP, sei groß, der Reformstau ebenso und die Rekrutierung des politischen Personals „nicht ausreichend“. Drei Gründe dafür, dass die Initiative „Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“ am Montag bei einem Symposium ein Modell vorlegte, das das Wahlrecht „personalisieren“ soll, wie es der frühere Nationalratspräsident Heinrich Neisser (ÖVP) formulierte. Motto der Veranstaltung: „Weckruf für die Demokratie: Wir wollen die besten Köpfe wählen!“

Das Modell, das der Grazer Politikwissenschaftler Klaus Poier entwickelt hat, sieht vor, dass die Stimme für die Partei durch eine Stimme für die gelisteten Kandidaten ersetzt wird. Insgesamt sollten 100 der 183 Nationalratsabgeordneten in den Wahlkreisen so direkt gewählt werden. Die Stimme fällt natürlich weiter der jeweiligen Partei zu – auf dieser Basis wird dann berechnet, wie viele

Mandate einer Partei zustehen. Diese Mandate werden aber nicht mehr nach der von der Partei erstellten Reihenfolge auf der Liste verteilt, sondern an jene Kandidaten mit den meisten Stimmen. „Es ist der Versuch, das bisher wirkungslose Vorzugsstimmen-Modell durch eine Direktwahl zu stärken“, sagte Neisser. Das Ziel sei es, aus dem aktuellen Stillstand in der Politik herauszukommen. Verfassungsrechtler Theo Öllinger betonte, dass das Modell verfassungskonform sei.

Prammer für Superwahltag

Poier habe die „Quadratur des Kreises“ geschafft – ihm sei es gelungen, innerhalb des engen Verfassungsrahmens einen sehr innovativen Vorschlag auf den Tisch zu legen, sagte Öllinger. Die Umdrehung des Systems – also nicht die Partei, sondern Kandidaten anzukreuzen – wäre eine „kleine Revolution“, betonte er.

Für die Initiative liegt auch auf der Hand, dass sich mit der direkteren Wahl die Parlamentarier

mehr ihren Wählern als den Parteiapparaten verpflichtet fühlen würden. Insgesamt werde weiterhin die Einführung eines Mehrheitswahlrechts angepeilt, dafür gebe es allerdings derzeit keine Mehrheiten. Das Modell der Direktmandate ist laut Neisser ein erster „Zwischenschritt“, der bis zur Nationalratswahl 2013 einfach umzusetzen wäre.

Nun hoffen die Initiatoren, dass sich die Parlamentsparteien konstruktiv mit dem Modell auseinandersetzen. Anwesend waren jedenfalls Vertreter aller Parteien – unter anderem auch Parlamentspräsidentin Barbara Prammer (SPÖ), die einmal mehr dafür plädierte, Wahlen zusammenzulegen.